Ausgabe für Groß-Berlin — 20 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 2. September 1928
Sonntag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Rittterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 8937—8949. Postscheck: Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Das Unterhaltungsblatt · Das neue Buch · Kraft und Stoff · Weltverkehr · Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M je 33 mm breite Millimeter-Zeile. — Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif —

67. Jahrgang
Nr. 411
2. 9. m — 20 Pfennig

Der Reichskanzler fordert den freien Rhein

Deutschlands Leistungen geben das Recht dazu

Vor seiner Ausreise nach Genf hat der Reichskanzler dem Berliner Vertreter des „International News Service" auf seine Frage, welches zur Zeit das wichtige politische Problem für Deutschland sei, geantwortet:

Das ganze deutsche Volk ist sich ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit im gegenwärtigen Zeitpunkt in nationaler Hinsicht in einem Wunsche einig. Es ist dies die Zurückziehung der auf deutschem Gebiet stehenden französischen, englischen und belgischen Besatzungstruppen in Stärke von rund 67 000 Mann. Man verlangt nicht mehr in Deutschland, weshalb diese Truppen auf deutschem Boden belassen werden, nachdem sowohl auf dem Gebiete der Reparationszahlungen als auch auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung Beweise über Beweis erbracht worden ist, daß man deutscherseits gewillt ist, den den früheren Gegnern gegenüber übernommenen Verpflichtungen voll und ganz nachzukommen.

Ich darf die Annahme des Dawesplans, an die 3 Monate nach Abmachungen von 1924 erinnern. Das Reparationsproblem wurde seines politischen Charakters entkleidet, es ist zu einer Materie rein wirtschaftlicher und finanzieller Natur geworden, die als solche die Gewißheit zu natürlicher und organischer Entwicklung in sich trägt, wie die jetzt vierjährige reibungslose Durchführung des Dawesplans beweist.

Kein Staat hat mehr für allgemeine Sicherheit getan als Deutschland. Es bewiesen dies die Verträge von Locarno, die zahlreich abgeschlossenen Schiedsverträge, die Annahme der Fakultativklausel des Weltgerichtshofs, die aktive Mitarbeit im Genfer Sicherheitsausschuß und letztin die sofortige und vorbehaltlose Bereitwilligkeit zur Annahme des Kellogg-Paktes.

Deutschland hat mehr als irgendein anderes Land angeboten. Doch noch darüber hinaus sind wir bereit, mit unserer ganzen nationalen Kraft an der Vervollständigung weiterer Vorschläge zur Sicherung und Organisation des Weltfriedens mitzuarbeiten.

Das in der Vergangenheit von uns Geleistete, das für die Zukunft von uns Gewollte gibt uns das Recht zu fordern, daß die Besatzungstruppen unser Land verlassen. Ihr Verbleib würde von allen Kreisen in Deutschland als unvereinbar mit dem Geiste des Friedens zuwider empfunden.

★

Der Reichskanzler fuhr am Sonnabendabend in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Puender, des Reichspressechefs, Ministerialdirektor Dr. Zechlin und einiger Beamter der Reichskanzlei mit dem Zuge über Frankfurt–Basel nach Genf ab. Zum Abschied hatten sich u. a. Reichsjustizminister Koch-Weser und Reichstagspräsident Loebe am Bahnsteig eingefunden.

Graf Uchida über Japans Stellung in der Weltpolitik

Eine Unterredung mit dem früheren Botschafter und Außenminister · Empfang beim Reichskanzler · Die deutsch-japanischen Beziehungen · Völkerbund — Kellogpakt — China — Rußland

Als Gast der Reichshauptstadt weilte Graf Jasuna Uchida, den man zu den Zahlen lebenden Staatsmännern zu rechnen muß, in diesen Tagen in Berlin. Im Jahre 1865 in Kumamoto-Ken geboren, hat Graf Uchida eine glänzende diplomatische Laufbahn hinter sich. Nach Vollendung seiner juristischen Studien auf der Kaiserlichen Universität in Tokio begann er im Jahre 1887 seine diplomatische Dienstzeit im Auslande als Attaché bei der Botschaft in Washington. Später war er Sekretär in London und Peking, dann trat ihn der Dienst der Japanischen Politischen Bureaus im Auswärtigen Amt in Tokio anvertraut und 1900 rückte er zum Vize-Minister für Auswärtiges auf. Die Jahre 1901 bis 1906 sahen ihn als Gesandten in Peking. Danach war er Botschafter in Wien und 1909 in Washington. Als Nachfolger des Grafen Okuma beschleidete er von 1912 bis 1914 den Posten als Außenminister, um nach einer kurzen Tätigkeit als Botschafter während des Krieges in Petersburg erneut von 1918 bis 1922 die auswärtigen Geschäfte Japans zu führen. Als Sonderbevollmächtigter Japans zur Unterzeichnung des Kriegsschadenspaktes nach Paris entsandt, befindet sich Graf Uchida zurzeit auf dem Wege nach London und Washington, wohin ihn seine Regierung in besonderer Mission von der Erörterung außenpolitischer Fragen, vor allem der chinesischen, entsandt hat.

Graf Uchida empfing unser O. M-Redaktionsmitglied zu einer längeren Unterredung im Hotel Adlon, seinem Berliner Absteigequartier, nachdem eine kurze Vorbesprechung mit dem neuen Botschafter der Japanischen Botschaft in Berlin, M. Shigemitsu, bei stattgefunden hatte. Graf Uchida, der im Nachtschnellzug morgens in Berlin eingetroffen war, beantwortete in liebenswürdigster Weise die an ihn gestellten Fragen. **Kurz vorher war er**

von Reichskanzler Müller empfangen

worden, der trotz seiner Abreise am Abend desselben Tages noch Zeit hatte, den japanischen Staatsmann zu begrüßen. Dieses Entgegenkommen des Reichskanzlers hat bei Graf Uchida besonderen Eindruck hervorgerufen, und er betonte zu Beginn der in englischer Sprache geführten Unterredung, daß die Beziehungen Deutschlands zu Japan sehr gut seien, nachdem der in vorigen Jahre abgeschlossene Handelsvertrag alle Konflikthöfe, die auf wirtschaftlichem Gebiete gelegen hätten, beseitigt habe. Schwierig bleibe noch die Frage der deutschen Farbenein-fuhr nach Japan, ebenso wie die Tariffragen noch weiterer Verhandlungen bedürften. Es liege, so meinte der Graf, im Interesse beider Staaten, in Zukunft die guten Beziehungen nach Möglichkeit weiter auszubauen. Für Deutschland gab er dem Wunsche Ausdruck, daß es rasch wieder gesunden möchte, womit der ganzen Welt gedient sein würde. Der Graf verspricht sich besonders von der

Mitarbeit Deutschlands in Genf

das Beste für dieses selbst wie auch für die anderen Nationen. Ueber die Frage der Reparationen wollte sich Graf Uchida nicht aussprechen, weil Japan selbst in geringem Maße Reparationszahlungen von Deutschland erhält. Zur Aufrechterhaltung der Stabilität des Friedens in Europa und in der Welt sieht es Graf Uchida als wünschenswert an, wenn die fremden Truppen baldigst deutschen Boden verlassen würden.

Als Außenminister nach dem Kriege hat Graf Uchida an der

Konstituierung des Völkerbundes

lebhaften Anteil genommen und verfolgt seine Arbeiten mit besonderem Interesse. Er wird während der jetzigen Tagung in Genf einige Tage dort verweilen, um die Arbeit der versammelten Staatsmänner mit eigenen Augen aus der Nähe zu verfolgen. Japan, das durch einen Unterregnalsekretär ständig in Genf vertreten ist, hält vielen dort behandelten Fragen, wenn sie rein europäischen Charakter sind, ziemlich fern, erwartet aber, daß der Völkerbund noch eine entwicklungsfähige Zukunft vor sich hat.

Den Kellogg-Pakt

hat Graf Uchida in Paris für Japan unterzeichnet, wo er auch mit Dr. Stresemann zusammengetroffen ist. Bei den obschriftlichen Aufenthalt des deutschen Außenministers war jedoch nur eine kurze Begrüßung mit Rücksicht auf die Gesundheit des Botschafters Hanihara möglich. Graf Uchida bezeichnet den Antikriegspakt als eine „gute Sache". Wenngleich hätte nach seiner Ansicht Paragraph 2 des Paktes, der die Staaten unlösbarer Pflicht möglich wäre, der die Verpflichtung enthalte, alle Staaten zu binden, den Krieg als Mittel der nationalen Politik ausschließen. Zweifellos seien noch viele Schwierigkeiten zu überwinden, bis jetzt sich, daß sich zwischen den Nationen vieles gegen früher geändert habe.

Da Graf Uchida während der Washingtoner Konferenz Außenminister war, bringt er der

Frage der Herabsetzung der Rüstungen

besonderes Interesse entgegen. Ueber den **englisch-englischen Flotten-Compromiß** vermochte er keine Auskunft zu geben, da ihm die englische Interpretation bisher nicht zugegangen ist.

Sehr eingehend besprach Graf Uchida die **japanisch-chinesischen Probleme** und erklärte dabei, daß Japan seiner Politik gegenüber China im Ausland vielfach mißverstanden werde. Japan verfolge

in China keine imperialistischen Ziele,

sondern setze sich für den Frieden im Fernen Osten ein. Es hoffe, daß China so bald wie möglich eine feste Regierung haben werde, da sehr wesentliche japanische Interessen in China lägen. China sei für Japans Außenhandel eines der wichtigsten Objekte der Welt, worauf sich wirtschaftliche und politische Fragen für beide Länder ergäben. Die augenblicklichen Schwierigkeiten bestünden bei der Frage der Vertragserneuerung, da Japan eine einseitige Stellungnahme Chinas zur Vertragsfrage nicht hätte anerkennen können. Die japanischen Truppen in Schantung würden sofort zurückgezogen, sobald stabile Verhältnisse in China vorherrschten. In der Mandschurei sei Japan nach dem Portsmouther Vertrag berechtigt, Bahnschutztruppen an den etwa 700 Kilometer langen Eisenbahnlinien zu unterhalten. Dasselbe Recht, wenn auch nicht ausgeübt, stehe Rußland zu. Ueber die Vorgänge in der Nord-Mandschurei konnte Graf Uchida keine Angaben machen. Er war bei seiner Fahrt auf der Sibirischen Bahn noch ohne Schwierigkeiten durchgekommen. Kurze Zeit darauf mußte der sibirische Expreß wegen der Bahnunterbrechung durch die Mongolen in Harbin angehalten werden.

Die japanischen

Beziehungen zu Rußland

sind vertraglich festgelegt und gut. Besondere Schwierigkeiten bestehen nicht. Kleinere Differenzen werden im Verhandlungswege beseitigt. Gegenüber der kommunistischen Agitation in Japan sah sich die Regierung in Tokio zu scharfen Maßregeln veranlaßt, die in der Hauptsache das Gesetz für Ruhe und Ordnung einführten, indem als Höchststrafe jetzt die Todesstrafe eingeführt worden ist. Die innere Lage Japans hat sich zurzeit dadurch gebessert, daß sich eine dritte Partei aus der Opposition unter Führung Tokonamis gebildet hat, die möglichterweise bei den kommenden Parlamentswahlen Aussicht auf Zutritt zur Regierungspartei dieser die Majorität verschaffen könnte.

Zum Schluß sprach Graf Uchida sein Bedauern aus, daß

der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Solf,

nach der Kaiserkrönung im November seinen Posten verlassen wird, nachdem er sich durch langjährige Tätigkeit in Japan und besonders durch Abschluß des Handelsvertrages viele Freunde erworben und zur freundschaftlichen Gestaltung der deutsch-japanischen Beziehungen wesentlich beigetragen habe. Graf Uchida konnte sich bei seiner Abreise von Japan nicht, wie beabsichtigt, von Dr. Solf verabschieden, da dieser gerade auf einer Besichtigungsreise nach Formosa unterwegs war.

Keine Zusammenkunft Chamberlain—Rivera

Das englisch-französische Marineabkommen ad acta gelegt?

ex. London, 1. 9. (Eigenbericht)

In hiesigen politischen Kreisen gilt das englisch-französische Marineabkommen als erledigt. Die Erklärung von Lord Cushendun in Genf und die vom französischen Marineminister Zenkes an die Pariser Presse abgegebene Erklärung seien als die Leichenreden aufzufassen, mit denen das englisch-französische Seeabrüstungskompromiß begraben worden sei. Die beiden Erklärungen seien die direkte Folge davon sein, daß nach der Rückkehr des Botschafters Houghton aus Amerika keine Aussicht mehr bestehen kann, daß Amerika dem englisch-französischen Kompromiß zustimmt. Amerika hätte, heißt es, keinerlei Grund, den Engländern den uneingeschränkten Bau der Kleinen Kreuzer zu gestatten, an dem im vorigen Jahr die Dreimächtekonferenz in Genf gescheitert sei. Man glaubt daher, daß Englands Antwort in der Note an Amerika, Italien und Japan gemachten Vorschlag nicht weiter verfolgen und daß das englisch-französische Kompromißabkommen infolgedessen überhaupt nicht veröffentlicht werden wird, so oft es auch der Abrüstungsdiskussion verschwindet.

Damit wäre, wenn sich diese Gerüchte bewahrheiten, vorläufig die Diskussion hierüber zu einem gewissen Abschluß gekommen. Es wäre allerdings falsch, zu erwarten, daß in der englisch-französischen Marinefrage nun die Ansichten vielleicht besserbesehen könnte. Immerhin hat die Zuspitzung des englisch-amerikanischen Verhältnisses als

ein Warnungssignal

gewirkt, und man dürfte in Zukunft vorsichtiger operieren. In der englischen Presse hat diese Zuspitzung bereits zu einer lebhaften Aussprache geführt. Die beiden Extreme der englischen Politik, das imperialistische und das kontinentale, werden vertreten von den beiden Zeitungen „Daily Expreß" und „Manchester Guardian". Das Organ Lord Beaverbrooks, der „Daily Expreß", der sich im Unterschied zu Organ demokratischer imperialer Gesinnung nennt, hat in einem Leitartikel die Forderung gestellt, daß England von dem Kontinent zurückzieht und unverzüglich sämtliche Abkommen kündigt, die Englands irgendwie an Europa binden und auf europäische Probleme verpflichten.

Sir Austen Chamberlain ist nach wie vor so krank, daß er in der Kabinette nicht an Land gehen konnte. Eine ihm vom Bürgermeister der Hafenstadt überbrachte Einladung zum Lunch ließ er durch seine Frau ablehnen. Der Bürgermeister wiederholte die Einladung an Frau Chamberlain, die darauf mit ihrer Familie in Stellvertretung ihres erkrankten Gatten an dem Frühstück teilnahm. Dem Foreign Office wurde an General Primo de Rivera telegraphisch die Bitte gerichtet, nicht nach San Sebastian zu kommen, da Chamberlain so krank sei, daß er auf seiner Reise keine politische Gespräche führen könnte.

Hjalmar Procope,
der Präsident des Völkerbundsrates

Aus dem Inhalt

„Hauptblatt":

Die Suche nach dem Warum (Richard Bahr) — Annahmen endgültig verloren? — Mandatsfragen von den Völkerbundsrat — Die Adresse des Kanzlers nach Genf über Baden-Baden — Das vierte Reparationsjahr.

„Beiblatt":

Abenteuer des Herzens: Dubu, der große Ameisenfaufen (Philipp Krämer) — Liebe in Spanien (E. v. Ulmgern-Sternberg) — Photo, Kino, Diran, Gelfhas (Boris Minjak).

„Das Unterhaltungsblatt":

Die Entkleidung der Großstadt (Franz Jahn). — Dialog über die neue Sachlichkeit (Hans Kauders). — Körners Grab (Herbert Eulenberg). — Zweihundertundunsinnig Volt (Heinrich Zillich). Zur Naturgeschichte des Professors (Professor Dr. Eduard Hoffron). — Gesellige Landschaft (Alfred Brust). — Zeitschriftenlese.

„Kraft und Stoff":

Aus der großen Deutschen Funkausstellung. — Großfunkgeräte. — Fernempfang.

„Reisen und Wandern":

Rhönschärfe — Barmenünde — Im Südschwarzwald.

Ahmed Sogu zum König proklamiert

Einstimmiger Beschluß der Nationalversammlung

hbz. Wien, 1. 9. (Eigenbericht).

Albanien ist heute in der Weise der Königrichte eingetreten. Die Nationalversammlung hat in ihrer Eigenschaft als Konstituante die Wahl Ahmed Sogus zum König einstimmig beschlossen.

Ueber den Verlauf der Sitzung liegt folgender Bericht vor: Zu der Sitzung waren alle 58 Mitglieder der Nationalversammlung erschienen. Die Zuschauer waren überfüllt. Hinter dem Stuhl des Vorsitzenden befand sich ein lebensgroßes Bild Ahmed Sogus. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab dem Verfassungsausschuß über die Verfassungsänderung das Wort. Das Haus nahm den Bericht über den Uebergang zur Monarchie nach Kenntnisnahme einstimmig an. Die Abgeordneten brachen in Hochrufe auf Sogu aus, in die die Zuhörer begeistert einstimmen, ebenso die vor dem Hause versammelte Menge. Nach der Abstimmung über den Uebergang zur Monarchie wurden 101 Kanonenschüsse abgegeben.

Die Sitzung wurde sodann unterbrochen, und unter der Führung des Vorsitzenden der Nationalversammlung begab sich eine Deputation in das Haus Ahmed Sogus, um ihm den Beschluß der Nationalversammlung zur Kenntnis zu bringen und ihm die Königskrone anzubieten.

Ahmed Sogu empfing die Abordnung in seinem Arbeitszimmer. Er erklärte sich bereit, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen. Die versammelte Menge war der Deputation gefolgt und bereitete Ahmed Sogu begeisterte Kundgebungen.

Auch vor das Haus der Mutter Ahmed Sogus hatte sich eine große Menschenmenge begeben und huldigte ihr zum Danke dafür, daß sie dem albanischen Volke einen König gegeben habe.

Tirana war heute abend festlich beleuchtet. Die Krönung Ahmed Sogus wird für morgen erwartet.

Premiere von gestern

Deutsches Künstlertheater: Fräulein Mama

Ein französischer Schwank von Bernstein, von deutschen Autoren zu einem kurzweiligen, pikanten, aber nicht allzu anspruchsvollen Vaudeville verarbeitet. Eine glänzende Darstellung Carola Zeelle, Max Hanfen und Trude Hesterberg in den Hauptrollen sorgt für einen großen Erfolg, dämpft ausgelassene Zuschauer von Hugo Hirsch für fröhliche Laune. Näheres wird noch darüber zu berichten sein. lp.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	1. 9.	31. 8.
Tägl. Geld ...	1½	1½
Bankdiskonto		
90 Tage G	4⅝	4½
60. Sht. G	4⅝	4½
Fk. Banknoten		
eisenbtg. Kurs	5⅛	5
ds. Scheckkurs	5⅛	5
Berlin Mitteln.	23,82½	23,82½
bel. —	— —	— —
Leipziger		
Kabel „Tr	4,85¾	4,85¾

	1. 9.	31. 8.
Baltimore & Ohio.	114	114
Canad. Pacific ...	213	212½
Chesapeake & Ohio	198½	198½
Chicago Milwaukee	38½	38½
Erie ...	55½	53
Missouri Pacif. pref	123	122
Pennsylvania ...	64½	64½
Southern Pacific.	126½	125
Union Pacific ...	185	185
Bethl. Steel. ...	62½	62½
General Electric.	167	167
Gen. Motors ...	201½	203½
Intern. Harvester	293	293
Standard Oil N. J.	44½	44½
U. S. Steel Corp.	154	154½
St. Louis Frisc.	88½	88½
U. Berl. Fin. Chr.	94	94
Elektrowerte 50	—	94
G. E. G. f. 1945.	—	—
Deutsche Kredit	99½	99½

	1. 9.	31. 8.
Kupfer ...	23,75	—
Zinn ...	51½	52
Blei ...	19,60	19,60
Zink ...	15,67	15,67
Gummi ...	19,51	19,51
Wolle ...	15,41	—
Baumwolle loco ...	15,25	15,25
Chicago Weizen	1,45	1,45
Mais ...	18,83	18,83
Kaffee ...	14,75	14,75
Zucker ...	18,62	18,62
Kakao ...	18,78	18,78
Rohöl ...	30 000	—
Petroleum ...	14,75	—
90-60 Tage	14,80	—
Gas ...	40,25	—
Kohlen ...	6,40	—
Stahl ...	6,25	—
Kohlen p. Bahn	20,45	—

	1. 9.	31. 8.
Weizen, rot. 1925	131½	130½
Hartwinter 1929	128½	128
Mais, loko. 1925	87½	87½

	1. 9.	31. 8.
Kanadensch. Schiff	—	—
Weißbleck ...	—	5,25
Schmalz West.	12,05	12,05
Talg extra loco.	8½	8½
Sw. Baltimore	—	—
- Sept.	—	—
- Okt.	—	9,60
Futtermehl Standard	17,40	17,40
- Flassers	13,75	13,75
- Midwinter	15,12	15,12
Fischmehl Kabel	3,20	3,20
Zucker Sept.	—	2,22
- Dezbr.	—	2,34
- Januar	—	2,34
Kautsch. crepe	—	19,25
- ribbed	—	18,75
Terpentin	51,75	52,00
- Savannah	45,75	46,00
Baumw. B. Oct.	—	18,50

	1. 9.	31. 8.
Wolle, Sp.	5,75—6,15	5,75—6,15
Garn. Engl.	1,19—2,40	1,19—2,40
Kontinent	10—13 ct	10—13 ct

Chicago, Produktenmarkt

	1. 9.	31. 8.
Weizen Septbr.	1½	1½
Dezbr.	116½	116
Mais Septbr.	92	94½
Dezbr.	73½	74
Hafer Septbr.	40½	40½
Dezbr.	41½	40½
Roggen Septbr.	128	131
Dezbr.	134	136
Schweinsz. Septbr.	12,35	12,17½

	1. 9.	31. 8.
Schmalz Oktober	12,50	12,45
Bippen September	14,17	14,27
- Oktober	14,62	14,65
Lardsäure	11,60	11,60
Schweinsz. Chicago	12,25	13,10
Schweinsz. Lincoln	11,60	12,60
Schweinsz. Omaha	12,00	12,90
Zuftauf Chicago	29,000	46 000

Die Suche nach dem Warum

Zur Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems

Von

Richard Bahr

Seit bald nach dem Zusammenbruch Freiherr v. Eckardstein in seinen Memoiren der überraschten, erschütterten deutschen Welt zuerst von dem englischen Bündnisworben und dessen Scheitern berichtet hatte, haben nachdenkliche Geister nicht aufgehört, der hinterlassenen Frage nach dem Warum nachzuspüren. Anfangs mochte man wohl auch, zumal Zeitnimer in Detail handgreiflich waren, geneigt sein, den Eckardsteinschen Erzählungen mit Skepsis zu begegnen. Aber dann war der unlängst verstorbene Hammann gekommen und hatte sie in seinen Büchern wehmütiger Erinnerung im wesentlichen bestätigt. Ze weiter aber die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amts fortschritt, um so weniger ließen Zweifel und Einwände sich aufrecht erhalten. Es blieb dabei: zwischen 1898 und 1901 waren von England immer neue Bündnisangebote gemacht worden. Wie aber hatten sie, eines nach dem andern, abgelehnt. Warum? Hammann hatte für diese Politik der versäumten Gelegenheiten die Formel gefunden: die Schuld trüge „die von Bülow adoptierte Alsatianentheorie und die Thesenpolitik Holsteins". Das ist hier und da, zuletzt noch von Friedrich Stieve, bestritten worden. Im Grunde freilich plädierte er nur für mildernde Umstände. Und viel mehr haben wohl auch die anderen Autoren, die ähnliche Pfade gegangen, nicht behaupten mögen. Nur einer stellte sich außer der Reihe und meinte, daß Bülow, Richthofen, Holstein, auch der Kaiser gut beraten gewesen wären, da sie die englische Werbung abwiesen: der greise Max Lenz. Sein Aktenfundum*) schloß, ein wenig unprovokativ und nicht eben realistisch, mit der Feststellung, daß neben der „strategischen Stellung des Dreibundes" als einziger und natürlicher Verbündeter nur Rußland für uns in Frage gekommen wäre.

Zuzwischen hat, auf der Suche nach jenem Warum, das die älteren unter uns wohl überhaupt nicht loslassen wird, auch Friedrich Meinecke die Akten durchforscht. Mit einer peinlichen Akribie, der kaum eine Einzelheit entging. Mit einem Gelehrtenfleiß und einer unbeirrbaren Gewissenhaftigkeit, die jedes Argument, selbst das sichtlich oberflächliche, sorgfam prüfte und wog. Nicht ohne eine leichte Verbitterung, die aus von seines Vaterlandes Glück und Sturz erzählt, kein rechter Mann wird entraten können. Doch ohne Vorein-genommenheit und Feindseligkeit: aber wohl noch, wo Hartes und Bitteres zu sagen war, Vortrag und Urteil dämpfend. Dabei gang dem einen schwerlich großen Gegenstand zugewendet: der Geschichte des deutsch-englischen Bündnisproblems zwischen 1890 und 1901.**) Die hat, mit seinem schöpferischen Sprachgefühl und seiner reifen Kunst der Darstellung, spannend und ergreifend zugleich, Meinecke geschrieben als das, was sie ist: die Tragödie des Wilhelmischen Reichs. In Wirklichkeit war dessen Geschick an jenem Weihnachtstag von 1901 entschieden, da, nach monatelanger Unterbrechung der Verhandlungen, Landsdowne, des Bülowschen Holsteinischen Hin- und Herzerrens müde, Metternich eröffnete: er habe die von Deutschland im Frühjahr erbetene Verlängerung, die geplante deutsch-englische Allianz vertraglich dem Dreibund zu verknüpfen, mit Zaloburn und einem oder zwei anderen Kreisen erörtern. Aber man hatte, mit Rücksicht auf die beiderseitige Volksstimmung und die möglichen Schwierigkeiten im englischen Parlament, zu dem Schluß gekommen, „that it seemed rather for the present too big a fence to ride at".

Das Unheil mochte sich nun früher vollenden oder später, vollenden mußte es sich eines Tages. In einem Staatssystem, in dem die hauptsächlichsten Partner gewillt waren, für ihre imperialistischen Streifzüge, wo immer sich eine rechte Gelegenheit, wo immer sich eine Blickversicherungen sich zu decken, war eine Weltpolitik der freien Hand, wie Bülow sie anspries, auf die Dauer nicht durchführbar. Tatsächlich hat man ja freilich noch in Berlin nach solcher Rückversicherung ausgeschaut. Aber man konnte, zwischen London und Petersburg hin- und herpendelnd, über keine Gesellschaft sich nicht einigen. Und dann glaubte man wohl auch, der englische Kreier würde, wenn es ihm nur erst ordentlich schicht ginge, wiederkommen. „Lassen wir", hatte Bülow gemeint, „den Engländern die Hoffnung auf das deutsche Bündnis am Kortzon schiffern, so liegt darin die sicherste Gewähr, daß sie nicht von Rußland kapitulieren". Aber man hatte den Freier unterschätzt. Er „kapitulierte" nicht vor Rußland. Doch er kam auch nicht wieder.

★

Das englische Bündniswerben beginnt, schüchtern und auf Umwegen, im Februar 1894. Damals fragte Rosebery in Wien an, ob Oesterreich und seine Verbündeten England gegen Frankreich decken würden, falls England sich der Aufgabe unterzöge, den damals befürchteten Durchbruch durch die Meerengen zu hemmen. Kaiser Franz schwärzt den leitenden deutschen Staatsmann, den Augenblick nicht zu versäumen, um England fest an die Seite des Dreibundes zu binden. Allein Caprivi scheint es noch zu früh, um „schon jetzt der ernsten Eventualität eines englisch-russischen Duells mit seinen

*) Deutschland im Kreise der Großmächte 1878—1914 (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin).

**) Ebd. München und Berlin, Druck und Verlag von Ernst Oldenburg.

Unsere Meinung

Berlin, 1. September

An der Schwelle des Normalsjahres für die Dawes-Zahlungen hat die gesamte deutsche Presse Betrachtungen über den Stand und die Aussichten der Reparationsfrage angestellt. Diese Diskussion zeigt gegenüber früher insofern einen wesentlichen Fortschritt, als fast nirgendwo mehr die **Aufbringung und der Transfer als isoliert zu behandelnde Probleme** angesehen werden. Das ist gut so: Denn die Vorstellung, es werde eines Tages nach gelungener Aufbringung zu Transfer-Schwierigkeiten kommen, die die Einschaltung des Transfer-Schutzes, die Ansammlung von unübertragbaren Summen auf dem Konto des Agenten bei der Reichsbank und schließlich die Revision des Dawes-Plans automatisch herbeiführen würden, war durchaus geeignet, einen gewissen optimistischen Leichtsinn zu fördern. „Keine Aufbringungsschwierigkeiten", aber „Transfer-Unmöglichkeit", das würde ja schließlich auf eine Situation hinauslaufen, bei der die deutsche Wirtschaft und die Staatsfinanzen zwar intakt bleiben würden, die Gläubiger aber nicht in den Besitz von Reparationen zu gelangen vermöchten. Heute ist man durchweg überzeugt, daß, wenn es zu einer Transfer-Krise kommen wird, diese mit einer schweren Krise der Wirtschaft verbunden sein muß, gleich wie die einzelnen Theoretiker Aufbringung und Transfer miteinander verknüpft sehen. An die Stelle des erschütterten Vertrauens auf eine Deutschland günstige Automatik des Dawes-Plans ist aber nun nicht überall ein nüchterner Ernst getreten, sondern vielfach ein neuer noch weniger haltbarer Optimismus, der eine **krisenlose Reparationsleistung** überhaupt auch bei einer Zahlungspflicht von 2,5 Milliarden als gesichert ansieht. Dies wird zwar nirgendwo ganz deutlich gesagt. Daß aber diese Meinung besteht, ergibt sich aus vielfach gemachten reparationspolitischen Vorschlägen, die nur auf der Grundlage eines solchen Optimismus denkbar sind. So wird das reparationspolitische Ziel stellenweise so abgesteckt. Man müsse versuchen, die ab 1929/30 vorgesehenen zusätzlichen Zahlungen auf Grund des **Wohlstandsindex** zu beseitigen. Es heißt dann doch, so finden wir wenigstens, die Beschränkheit etwas weit treiben, wenn man vom Gegner nichts fordert als den Verzicht auf einen Eventualanspruch, von dem niemand behaupten kann, daß daraus einmal eine realisierbare Forderung der Gläubiger wird. Neben der Forderung auf Beseitigung des Wohlstandsindex muß aber die Festlegung eines Endtermins erhoben. Fraglos wird die Bestimmung eines Zeitpunktes, zu dem die Reparationen Deutschlands aufhören sollen, einer der beiden **ausschlaggebenden Punkte** sein, über die man bei der sogenannten Endlösung oder bei einer erneuten Zwischenlösung verhandeln muß, der andere wichtige Punkt betrifft selbstverständlich die Jahresrate). Es muß dabei unser Bestreben sein, nach einer möglichst geringen Anzahl von Jahren mit den Reparationen fertig zu werden. Das leuchtet dem Bürger, die in der Reparationsfrage schon mehrfach eine „großzügige" Feder geführt haben, finden es zweckmäßig, wenn Deutschland 60 Jahre lang, also zwei Generationen hindurch, zahlt, während selbst die harten Bestimmungen des Dawes-Planes dafür sprechen, daß Deutschland nach 37 Jahren das Ende der Dienst der Bahn- und Industrieobligationen) von seinen Lasten frei wird. Deutschland hat gezahlt; aber es hat gezahlt, obwohl der Dawes-Plan keineswegs funktioniert hat. In dieser Situation hätte das deutsche Volk erwarten dürfen, von seiner Regierung zu dem Zeitpunkt, wo das Normaljahr beginnt, zu erfahren, welche Reparationspolitik künftig getrieben folgt: man hat es sogar versäumt, am Ende werden soll. Aber nichts dergleichen ist eines Monats, in der auf fast allzu vielen internationalen Tagungen jeder kleine Staat für seine Forderungen ein Echo zu finden und zu finden verstand, der Welt deutlich zu erklären, welche Gefahren die ungeregelte Reparationsfrage demnächst heraufzubeschwören droht. Kein Notenwechsel, keine große diplomatische Aktion wäre dazu nötig gewesen, das in seinen politischen Wünschen an die Regierung allmählich beschränkten gewordene deutsche Volk würde sich damit begnügt haben, wenn am 31. August etwa ein Ministerrat getagt und seinen und des deutschen Volkes Besorgnissen in einer würdigen Form Ausdruck verliehen hätte. Eines Tages muß unser Revisionsanspruch doch angemeldet werden, und man darf und kann nicht verwerfen können, daß wir nicht rechtzeitig protestiert und den Ersatz eines unpraktisch ausgedachten, ja, wenn man genauer hinsieht, ungerechten vierjährigen Prozesses nicht bewährten Zahlungssystems durch eine angemessene Lösung gefordert hätten.

Der sozialdemokratische See, durch das Panzerschiff A ausgelurkt — er rast noch immer, trotz aller entgegengesetzten Bemühungen der Regie, und will sein Opfer haben. Haben doch wahrhaftig zahlreiche Versammlungen der SPD. im Unterbezirk Aachen-Jülich-Düren den sofortigen Rücktritt der sozialistischen Minister und ihre „Erlösung" durch andere Sozialdemokraten (!) verlangt. In einem Ortsbereich wurde die Entschließung sogar dahin verschärft, daß die vier Minister in den nächsten fünf Jahren überhaupt nicht mehr gewählt werden sollen. Fehlt nur noch die Verbängung von Sicherheitshaft über Polizeiaufsicht durch zuverlässige Genossen! Trotz allem wird die Einigkeit der Partei proklamiert, — im gleichen Atemzug, mit dem man der Mehrheit der Reichstagsfraktion die schärfste Mißbilligung ausspricht. Eine Spitzenleistung bei diesem komischen Meisterer an Dialektik, der einerseits den wilden Genossen recht geben, andererseits die Mehrheit der Fraktion vor Dummheiten sicherstellen, oberhalb die Minister halten und unterhalb möglichst viele kleine Zugeständnisse an den Regierungspartner herausklecken möchte, stellt ein Artikel des Reichstagsabgeordneten Paul Löbe dar. Er sucht den eigenen Groll über den Panzerschiff-Beschluß dadurch zu überwinden, daß er folgende Rechnung über die Bilanz der bisherigen Regierungsleistungen aufmacht: Haben: 130 Millionen Steuersenkung, 70 Millionen erhöhte Krisenfürsorge, 3000 amnestierte proletarische Gefangene; Soll: 9,3 Millionen Kosten für das Panzerschiff A . . . Er nennt diese Summe verschwendet, aber er hat auch hier ein Rezept, die parteipolitische Haben-Seite zu erhöhen zu verbessern: er empfiehlt, die zweite Rate nicht mehr zu bewilligen und die bis dahin verbauten 5—6 Millionen verloren zu geben. Die offene Ankündigung, daß man ihrer jetzt die Macht innehabenten will, um möglichst viel Millionen dabei herauszuschlagen, daß jedoch bei der nächsten Gelegenheit die Sorge für die Verteidigungskraft des Reiches der Parteiagitation geopfert werden soll, wird den bürgerlichen Parteien sicher ein interessantes Material für ihre Koalitionsberechnungen sein.